

Neue Arbeitszeiten für Lehrer in Stuttgart

Stuttgart plant ein Modell mit Konten über 15 Stunden

Mit Lehrer-Arbeitszeitkonten über 15 Jahre hinweg will die CDU/FDP-Landesregierung von Baden-Württemberg eigene Wege gehen, um auf sich verändernde Schülerzahlen flexibel zu reagieren. Das „Vorgriifstundenmodell“, in großen Teilen bundesweit ohne Parallele, betrifft 35 000 Vollzeit-Lehrkräfte an den Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen des Landes im Alter zwischen 30 und 49 Jahren. Ältere können freiwillig teilnehmen.

Um den gegenwärtig hohen Bedarf an Pflichtunterricht zu sichern, wird für diese Lehrer vom nächsten Schuljahr an das Normaldeputat von 26 bis 28 Wochenstunden um eine Stunde aufgestockt, und zwar für eine fünfjährige „Ansparphase“. Mehr Geld erhalten sie dafür nicht. Es folgen für jeweils weitere fünf Jahre eine sogenannte Karenzphase mit der Rückkehr zur Normalzeit sowie schließlich die Rückgabephase, in der eine Stunde weniger als heute gearbeitet wird. Kultusministerin Annette Schavan (CDU) appelliert aber an die Lehrerschaft, die Möglichkeit zu nutzen, in der Ansparphase nicht länger zu arbeiten und dafür auf einen entsprechenden Gehaltsteil zu verzichten. Mit dem Geld aus einem so finanzierten Pool sollen zusätzliche Lehrer eingestellt werden, obwohl Baden-Württemberg bereits anders als alle anderen Bundesländer in den nächsten vier Jahren alle freiwerdenden Stellen neu besetzt und außerdem 1 600 Neueinstellungen vornimmt. Den letzten Abschnitt zwischen 2007 und 2012 – wenn ein Rückgang bei den Schülerzahlen erwartet wird – können ältere Pädagogen zusammenfassend nehmen, indem sie beispielsweise im letzten Berufsjahr fünf Stunden pro Woche weniger arbeiten.

Bei Lehrer- und Elternverbänden sowie Oppositionsparteien fand das Modell ein eher positives Echo. Die SPD sprach von einem „zumutbaren Solidarbeitrag der Lehrerschaft“ bei steigenden Schülerzahlen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erkannte an, „daß die Landesregierung nicht den Weg der meisten anderen Bundesländer geht und die Arbeitszeit der Lehrkräfte linear erhöht“. Außerdem lobte der Landesvorsitzende Rainer Dahlem die rechtlichen Garantien für die Rückgabephase sowohl durch Verwaltungsvorschrift als auch durch Einzelvereinbarung.

Nach: Frankfurter Rundschau 01.12.1997

